

Die Halle demnach ist der pachtweise... in Halle demnach ist der pachtweise...

Sach-Blätter.

werden die 6 getriebene Kolonnen... werden die 6 getriebene Kolonnen...

Nr. 37. Halle, Freitag, den 23. Januar

Halle, Freitag, den 23. Januar

1914.

Mb. Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 22. Januar. Am Samstag: Hr. v. Schorlemer...

Der Landwirtschafts-Etat.

Einzelberatung. Beim Kapitel Landwirtschaftliche Beschränkungen...

Hr. v. Reiner (So.).

Für die Wanderhauhaltungsstellen für schulpflichtige Mädchen...

Hr. v. Wroes (Centr.).

Wünscht die Erziehung einer größeren Anzahl von landwirtschaftlichen Winterkulturen...

Hr. Dr. Kumbst (Freif.).

bestimmte die Erhaltung der Landwirtschaftsschule in Eldena...

Hr. Dr. Kumbst (Freif.).

den Wunsch aus, daß die in der Schweiz approbierten Tierärzte...

Hr. Dr. Kumbst (Freif.).

Ich habe diese Forderung schon im Vorjahr gestellt und glaube...

Landwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer:

Bezüglich der Frage des Schweizer Tierärztlichen Doktorats...

Hr. v. Wente (Sp.).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei den Maßnahmen zur Bekämpfung...

Hr. v. Wente (Sp.).

Selbstverständlich müssen alle Mittel ergriffen werden, die nötig sind...

Landwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer:

Ich habe bereits in der Kommission Gelegenheit gehabt, mich über die Maßnahmen...

Im vorliegenden Falle ist sie nicht mehr angeordnet worden, weil ein großer Teil...

Hr. v. Barde (Konf.).

Aus meiner eigenen Kenntnis der Dinge kann ich bestätigen, daß die Merkmale...

Hr. v. Wroes (Centr.).

Meine Ausführungen beziehen sich nicht gegen den Abg. Meyer-Diepholz...

Hr. v. Wente (Sp.).

Bei der Sendungsbefreiung muß die Wirtschaft die Haftung mit der Regierung...

Hr. v. Wroes (Centr.).

Die Inkonvenienzen, die untrennbar von der Sendungsbefreiung...

Hr. v. Wente (Sp.).

Wenn der Abg. Wente so schwere Bemerkungen machen wollte, müßte er...

Hr. v. Wente (Sp.).

Durch die Mäßigung der Herden werden die Weidener in ihrer ganzen Grösse...

Hr. v. Wente (Sp.).

Das die Schweißerei aus Ausland eingeschleppt ist, steht nur dem Gewerbe...

Hr. v. Wente (Sp.).

Das die Schweißerei aus Ausland eingeschleppt ist, steht nur dem Gewerbe...

Hr. v. Wente (Sp.).

Wird der Versuch, über Pferdedeckung und Rentierpreise zu reden, nicht...

Hr. v. Wente (Sp.).

Wird der Versuch, über Pferdedeckung und Rentierpreise zu reden, nicht...

Hr. v. Wente (Sp.).

Wird der Versuch, über Pferdedeckung und Rentierpreise zu reden, nicht...

Hr. v. Wente (Sp.).

Wird der Versuch, über Pferdedeckung und Rentierpreise zu reden, nicht...

Minister Hr. v. Schorlemer: Umher, daß er diesen Punkte hauptsächlich gemeinheits-, und daß der...

Hr. v. Wroes (Centr.).

Die Milch ist mit das notwendige Nahrungsmittel; es ist unbedingt nötig...

Hr. v. Wente (Sp.).

Es ist zu begrüßen, daß die Regierung ihren ursprünglichen Plan...

Hr. v. Wroes (Centr.).

bestimmt die Erhaltung der Landwirtschaftsschule in Eldena...

Hr. v. Wente (Sp.).

bezeichnet sich über die Vereinzelnung der Surm, Meerdung...

Hr. v. Wente (Sp.).

Landwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer-Meyer: Die kranzen Zustände...

Hr. v. Wente (Sp.).

begrenzt den Umfang Wäschung auf die Dauer des Zinfert...

Hr. v. Wente (Sp.).

Der nationalliberale Antrag bringt nichts Neues. Wir haben...

Hr. v. Wente (Sp.).

Ich will mir erlauben den Antrag zu besprechen, der sich nach...

Hr. v. Wente (Sp.).

Gegen den Antrag Wäschung haben wir nichts einzuwenden...

Hr. v. Wente (Sp.).

Ich bitte nicht erachtet, daß ich hier nochmals das Wort ergreifen...

Hr. v. Wente (Sp.).

Zu dem Ende sind jetzt schon 40 000 M. vorgezogen, eine demselbigen...

Hr. v. Wente (Sp.).

Der für die Biemen bestellte Zucker kann ja heute schon bis zu 5...

Hr. v. Wente (Sp.).

Für die Förderung der Zinfert sind meine Mittel nicht ausreichend...

Hr. v. Wente (Sp.).

Wünscht höhere Mittel zur Förderung der Zinfert in Folge des...

Hr. v. Wente (Sp.).

Der Antrag Wäschung wird angenommen, ebenso der zum Zinfert...

Hr. v. Wente (Sp.).

Wünscht höhere Mittel zur Förderung der Zinfert in Folge des...

Mb. Deutscher Reichstag.

37. Sitzung. — Donnerstag, 22. Januar.

Am Vornachmittag: Dr. Deibsch.

Vizepräsident Dr. Waacke eröffnet die Sitzung 1 Uhr 30 Min.

Der Etat des Reichsanstalts des Innern.

(Pünktiger Tag.)

Abg. Kowalski (Polen): Die politischen Gerichte werden von der Behörde als politische Vereine behandelt...

Abg. Dr. Noack (Hessler):

Auch meine Freunde sind der Ansicht, daß die jetzige Wirtschaftspolitik beobachtet werden soll. In Etas-Gesetzen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so günstig entwickelt...

Reichsanstaltsschatzmeister:

Auf einige Bedenken und Befragungen des Abg. Dr. Trendl möchte ich mit einigen Worten erwidern. Was ich hier noch dem Reichsanstalt in Etas-Gesetzen, die die Wirtschaft des Reichsanstalts im allgemeinen hat zu gestalten...

Die Angriffe darauf treffen nach meiner Meinung nicht auf die Sachverhalte, sondern nur auf die politische Haltung, die der Reichsanstalt in der Vergangenheit gegenüber den verschiedenen Parteien...

Nur noch einen Tag diese Besetzung in der Entscheidung, und es ist durchaus erklärlich, daß sie, wenn man nur sie lesen könnte, den Wunsch hervorrief, daß die Lage des hohen Reichsanstalts ernsthaft werden möchte.

Nach untere Annahmen haben vielfach Bankrott gekündigt. Nicht nur in betriebligen Betrieben, sondern auch in der Landwirtschaft, die mir ebenfalls nicht hatten betriebligen können...

Endlich erzieht sich die Wirtschaft auf den sämtlichen internationalen Märkten als ganz außerordentlich beengt. Die Welt der Wirtschaft mußte den für ihre Bedürfnisse außerordentlich hohen Defizit von 4 Prozent fortgesetzt aufrechterhalten.

Es ist im Oktober, als die politischen Verhältnisse sich entspannten, ließ sich die Anspannung des Geldmarktes nach dem deutschen Geldmarkt verlagern...

mit dieser Ermäßigung noch im Dezember eine zweite folgen zu lassen. Doch sie in der Lage war, in dieser Angelegenheit, die sonst nur Denkmäler kennen...

Die einzige Erleichterung der Kreditverhältnisse und die weitere Erleichterung der Kreditverhältnisse bei der letzten Reichsanstaltsreform ist die Reichsanstaltsreform...

Dieser Verhältnisse bedürftig die Volkswirtschaft noch wesentlich. Aber unter diesen Umständen durch eine Verbilligung des Geldmarktes, die durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigt...

Die allgemeine Flüssigkeit des Geldmarktes kann nicht über die immer noch vorhandene Anspannung des Kapitalmarktes hinwegtäuschen. Ich hoffe allerdings, daß diese Anspannung sich nimmer bei der Beibehaltung der Reichsanstaltsreform...

Ein solcher Zeitpunkt liegt jetzt wieder einmal vor. Die Reichsanstaltsreform hat keinen Anlaß, außer eine besondere Verbilligung des Geldmarktes zu einer überhöhten Entscheidung anzusetzen...

Die Weltwirtschaft ist im letzten Jahre hohen Defizits über die Weltwirtschaft, die sich durch den Defizit der Weltwirtschaft zeigt...

Der Geldbedarf der Reichsanstalt ist 1918 um ca. 300 Millionen gestiegen. Die Vorgesetzten, daß diese Erhöhung im wesentlichen durch die Vermehrung der kleinen Noten...

Die Geldprägung unserer Münzen im ganzen 178 Millionen in Anspruch. Nach Abzug von 110 Millionen, die durch Vermehrung der kleinen Noten der Reichsanstalt zuzuführen...

mal im Publikum erwidert werden. (Beifall.) Gewiß soll der Reichsanstalt unserm Wirtschaftsleben Arbeit geben und die Geldgebung günstig sei, deshalb verfügbares Kapital nutzbar zu machen.

Wir wollen nicht unterbreiten und übermäßigen Krediten mit dem Reichsanstalt die Bekämpfung der Wirtschaft zu ermöglichen...

Alle diese Geldmarktfragen werden sich lösen. Infolgedessen wird das Zielprogramm der Reichsanstalt zu ungenüge mit einer Verbilligung der Verhältnisse des Reichsanstalts...

Abg. Dr. Werner-Sieben (Wirtlich, Pgg.):

Der Mittelstand muß sich auf allen Seiten gegen die Schutzmaßnahmen und das Wirtschaftswesen, die die Regierung findet, er hat wenig Entgegenkommen.

Es ist ein unerbittlicher Angriff, daß das Warenangebot in der Welt im letzten Jahre von 10 bis 15 Prozent...

Abg. Heine (Soz.):

Das Schicksal nach Einschränkung der Sozialleistungen ist jetzt noch unklar. Es ist ein Herr von der Rechten, der sich ein Bild von dem jetzigen Weltstand...

Die Arbeiterorganisationen haben selbst das allergrößte Interesse daran, Streikauflösungen zu verhindern. Wo Streikauflösungen erfolgen, so sind es meist bei den Streikenden...

Ich hoffe, daß hier auf den Tisch des Bundes ein neues Gemisch aus Geld und Eisen zu stellen und zu beibehalten...

gegen wachsenden Unfrieden haben die Arbeitgeber in Gegenden der Kolonien auf erweitertes Recht bestehen können. Wenn ein Geschäftsbetrieb mit mehreren Firmen zusammenhängt, dann sollte der Schutzmann: Ka, der hat ausgenutzt" (Hötel 10.11.1911). Diese Streikverträge, dieses Dumpinggebot, das hind und für den Staat maßgebend ist, werden die Geschäftstätigkeit der Grafen v. Helldorf des Grafen v. Helldorf selbst auf unserer Juris. (S. 107) (S. 107). Wir müssen uns dagegen wenden, daß der Erpressungsparagraphen entgegen dem Willen des Gesetzgebers gemißbraucht wird gegen Arbeiter bei Streiks oder bei der Agitation für die Organisation. Was soll denn die Forderung nach einer Verkürzung der Juris? Wenn die Herren endlich sein wollen, dann müßten sie beantragen: Körperverletzung, Mord, Erpressung und Verleumdung wird, wenn sie von streikenden Arbeitern begangen wird, mit der Höchststrafe bestraft, wenn sie von Arbeitgebern oder Streikbrechern ausgeht, bloß mit der Strafe. Das ist die wahre Pflicht der Staatsmacht. (S. 107) (S. 107). Der Regierungsentwurf für die Strafgesetzbuchreform ist eine Gefahr für die handwerklichen Rechte und für das Koalitionrecht. Ein Vorkaufsrecht heißt ein Vorkaufsrecht, auch wenn es die Form des gemeinen Rechts hat. (S. 107) (S. 107). Schon § 153 der Gewerbeordnung ist ein Ausnahmesechst gegen die Arbeiter. Deshalb beantragen wir die Aufhebung dieses Paragraphen. Das Streikverbot ist für die Arbeiterorganisationen unannehmlich. (S. 107) (S. 107). Wer dieses Verbot ihnen nicht nehmen will, der ist ein Feind der Arbeiter. (S. 107) (S. 107). Der nationalliberale Bundespräsident Dr. Dingeldey hat besonders Streikpolizisten verlangt. Das ist gar nicht nötig, die Polizisten werden sich schon bei jedem Streik darin informieren, daß die Streikpolizisten. Die Höchststrafe ist 10 Jahre Gefängnis, das ist die höchste Strafe. Man will das Streikverbot nicht aufheben, weil man damit das Streikverbot verhindern will. Auch bei der

gesetzlichen Beurteilung von Vorkaufs und Sperren wird gegen die Arbeiterorganisationen unverlässliche Klaffen juristisch geübt. Die Unternehmerorganisationen terrorisieren nicht nur die Arbeiter, sondern auch die gesellschaftlich organisierten Angehörigen. Angenommen, die Arbeiterorganisationen der Berufsberatung. Auf die schwache Seite werden sogar die eigenen Arbeiter des Betriebes geübt, damit sie auf diese Weise an die Arbeit geübt sind. Das ist ein diabolisches Mittel mit der bewußten Tendenz zur Verfassung der Arbeiter. Das Koalitionrecht muß dagegen über ein rocher de bronze publiziert werden. Es ist eine soziale Reform und nicht ein politisches Mittel, das nicht Gegenstand der Verfassung sein darf und nicht durch Verstoßvertrag aus der Welt geschafft werden kann. Der Kampf gegen die Arbeiterorganisationen, die "Gelben", ist eine Lebensnotwendigkeit für die Gewerkschaften. Was wird aus dem Arbeiter, wenn ihn nicht seine Organisation schützt? Andere Arbeiter dürfen nicht zu Außer der Unternehmer gemacht werden. Wer es gut meint mit dem deutschen Volke, der setze für ein freies Koalitionrecht. Der Präsident beräumt die nächste Sitzung auf Freitag, 12 Uhr: kurze Anfrage. Die neuen Interpellationen über Arbeiter und die Einträge der Volkspartei und der Arbeiter über die Befreiung des Militärs. Abg. Graf Westarp (Köln). beantragt, diese Anträge von der Tagesordnung abzuheben. Sachliche Anträge dürfen an Interpellationen nicht angehängt werden. Wir können uns diesem neuen Vorgehen aus grundsätzlichen Bedenken nicht anschließen. Abg. Haack (Sog.) stimmt dem Vorschlage des Präsidenten zu.

Abg. Gröber (Brenz.). Diese Anträge sind formell unabhängig von den Interpellationen. Die Interpellationen werden formell erledigt sein, ehe die Anträge an die Reihe kommen. Das muß ich Herr Gröber nicht missverstehen. Die Bedenken des Grafen Westarp sind ganz unbegründet. Abg. Daffermann (Köln). Bedenken gegen den Vorschlag des Grafen Gröber sind nicht vorhanden, denn die Anträge sollen ja nicht mit den Interpellationen verbunden werden, sondern unabhängig davon nachher beraten werden. Es handelt sich um einen weiteren Schritt beim Ausbau des Koalitionrechts. Das machen wir nicht mit. Abg. Dove (Sp.). Die Anträge haben sich nicht geändert, gar nicht auf den Interpellationen auf. Diese können behandelt werden, wie sie wollen, z. B. zurückgezogen werden, die Anträge aber selbständig bestehen. Abg. Dr. Spahn (Brenz.). spricht gegen den Antrag Westarp. Abg. Daffermann (Köln.). Es liegt uns völlig fern, mit unserem Vorgehen eine Erweiterung der geltenden Bestimmungen herbeizuführen. Wir halten es aber auch nicht für richtig, daß die Höhe einer Forderung die Höhe der Strafe bestimmt. Abg. Graf Westarp (Köln.). Wir können uns aber nicht um einen weiteren Bedenken sein. Der Antrag Westarp wird gegen die Rechte abgelehnt. Es bleibt bei der ursprünglichen Tagesordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die deutsche Militärmission.

Die offizielle Erklärung der „Köln. Ztg.“ läßt die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Reichsregierung vor der drohenden Gefahr Rußlands einen Rückzug angetreten hat. Wenn Deutschland die Militärmission einfließen auf die Durchführung der Reformen setzen wollte, dann müßte dieser Militärmission auf eine bestimmte Kommandoebene gesichert werden. Der Generalinspektor Liman v. Sanders hat aber diese Gewalt trotz des „unbedingten Inspektionsrechtes“ nicht, da er die Reformen, die er für erforderlich hält, nicht anordnen kann. Auch der Einwand, daß es sich bei der Entsendung der Militärmission um eine rein türkische Angelegenheit handelt, ist künstlich, da ein Mißerfolg der Militärmission einen Rückschlag auf das Ansehen des deutschen Heeres im Ausland ausüben würde. Die Schritte, die die Gegner Deutschlands aus einem solchen Mißerfolg ziehen, würden noch so falsch, sie könnten trotzdem für Deutschlands Frieden verhängnisvoll sein. Man braucht keine Prestigepolitik zu betreiben, wenn man gegen eine derartige nicht unbedenkliche Minderung des Ansehens unserer Arme im Ausland Bedenken hat. Wenn die Reichsregierung, wie sie jetzt sagt, der Militärmission für die deutschen Interessen in der Türkei so wenig Wert beilegt, dann hätte man lieber ganz davon absehen sollen.

Kunze erklärt die offizielle Darstellung jedoch noch ein anderes Gesicht durch folgende Denkwürdigen Berliner Korrespondenten:

B. P. I. (Privattelegramm.) Wiener Blätter melden, daß außer General Liman auch die übrigen Offiziere der deutschen Militärmission von den ihnen zuerst bestimmten leitenden Stellen entsetzt und türkischen Offizieren zugewiesen worden sind. An amtlicher Berliner Stelle ist noch keine Mitteilung hierüber eingegangen, sollte sie jedoch zutreffend sein, so wird, wie wir authentisch erfahren, eine Ueberprüfung der besonderen Bedingungen von deutscher Seite erfolgen, unter denen der Entsendung deutscher Offiziere nach Konstantinopel diesmal zugestimmt worden ist.

Aus dieser Mitteilung geht — wenn sie zutrifft, wie wir nach dem Vorhergegangenen annehmen müssen — hervor, daß die Reichsregierung mit Konstantinopel sehr schlechte Beziehungen hat und daß der Einfluß der Tripelentente dort dauernd im Steigen ist. Als Führer v. Marjalläus Deutschland nach am Goldenen Horn vertrat, war's anders.

Es mag vielleicht die Haltung Italiens in der Inselfrage zum Teil daran schuld sein, daß der deutsche Einfluß in der Türkei zurückgeht. Italien hat augenblicklich sehr wenig Neigung, die Inseln, die es im türkisch-italienischen Krieg besetzte, wieder herauszugeben. Vielleicht denkt man vorläufig noch nicht im Ernst an eine Annexión, doch sind die Aussichten Italiens immerhin verdächtig. Telegramme melden darüber:

Konstantinopel, 22. Januar. Der bekannte Politiker und Chefredakteur des „Tanin“ Hüfien Dschahid protestiert in seinem Blatt an leitender Stelle heftig gegen den englischen Inselvorsatz. Er verwarft sich vor allen Dingen gegen die Lösung der Dodekanesosfrage durch eine an Italien zu leistende Entschädigung oder durch politische oder wirtschaftliche Konzessionen an Italien. Da Italien keine Kapitalien habe, um sie an fremden Meeresriesen zu investieren, so sei es klar, daß Italien mit dem Dodekanesos-Sandel politische Pflichten verletze, die sich nur gegen die Mittelmeer-Interessen Englands und Frankreichs richten können. Dschahid schlägt daher vor, die Inselfrage durch die Gesamtheit der europäischen Mächte lösen zu lassen.

Rom, 22. Januar. Die offizielle „Tribuna“ erklärt, die Behauptung jungtürkischer Organe, daß die Worte des Kaufmanns Vertrag erfüllt (d. h. daß sie alle türkischen Offiziere und Truppen aus Tripolis und der Kretenais (zurückgezogen) habe, sei erweislich unzutreffend. Italien werde den Dodekanesos nicht räumen, bevor es für das dort aufzubringende Geld und die Aufzucht angemessen entschädigt sein werde. Italien verlange im Gegenzug zu jungtürkischen Behauptungen von der Türkei weder Geld noch Land, sondern lediglich wirtschaftliche Konzessionen in Kleinasien, wofür Italien Kapital und Arbeit darbiete. Italiens Politik in der Inselfrage rückt ein wenig nach Erpressungspolitik, wenn die Darstellung der „Tribuna“ richtig ist. Und es ist jedoch zweifellos, daß Italien die Okkupation der Inseln nur anstreben will, um dann unter Hinweis auf unzulässige geschäftliche Interessen und auf den türkischen Besitz — wie Oesterreich in Bosnien und der Herzegovina und England über kurz oder lang in Ägypten vorgegriffen und aus dem Provisorium einen dauernden Zustand zu schaffen.

Deutsches Reich.

Die Beförderung des Obersten v. Reuter und des Dr. jur. v. Jagow.

B. P. I. Aus Berlin meldet uns ein Privattelegramm: Zu der Ordensverleihung an Oberst v. Reuter erfahren wir bestens: Die Verleihungsliste für den anfänglich des preussischen Ordensfestes zu beehrennden Heeresangehörigen wird an jedem 1. November abgeschlossen und dem Ministerium des königlichen Hauses eingereicht. Das ist auch diesmal geschehen. In gleicher Weise wird bei Personen der Zivilverwaltung verfahren. Die Ordensverleihungen an Oberst v. Reuter und an Herrn v. Jagow sind also schon lange vor dem Jahrestag „Reuten“ festgelegt gewesen und stehen mit diesen in keinem irgendwie getragenen Zusammenhang. Das ließ sich annehmen. Jetzt allem bleibt es befremdlich, daß der Bureaucratismus so schwerfällig arbeitet, daß eine Verleihung dieser Beförderungen, die nach der Jahrestage recht demonstrativ erscheinen müßten, anscheinend gar nicht einmal erwogen worden konnte.

Die Abreise des Prinzen Wied.

Der Tag der Abreise des Prinzen zu Wied wird aller Wahrscheinlichkeit nach der 28. Januar sein. Der Prinz wird an diesem Tage von Potsdam nach Triest abreisen, um sich dort auf dem Seewege nach Durazzo zu begeben. Ob die Fahrt an Bord eines deutschen Kriegsschiffes oder eines österreichischen Lloyd-Dampfers vor sich gehen wird, ist noch nicht ganz entschieden. Der zukünftige Hofmarschall des Prinzen zu Wied, Hauptmann a. D. Thilo v. Trotha, befindet sich bereits auf dem Wege nach Durazzo. Prinz Carol von Rumänien, der am Donnerstag beim 1. Garderegiment als Oberleutnant eintrat, hat die Villa des Prinzen zu Wied in Potsdam amieiert. Prinz Carol ist einwilligen in einem Potsdamer Hotel abgeblieben. Er ist übrigens der zweite Halbbruder der beim 1. Garderegiment dienende; vor ihm hat schon Prinz Georg von Griechenland vor 1910 bis zum Ausbruch des Krieges dort gestanden.

Die Tagesordnung der nächsten Reichstags-Sitzungen. Der Senatskonvent des Reichstages trat am Donnerstag vor der Plenarsitzung zusammen und einigte sich dahin, auf die Tagesordnung für Freitag die Behandlung der Interpellationen bezügl. die Kriegsgerichtsreform in Streichung bezüglich der Verfassungskommission in Jöbern zu setzen. Selbständig, aber unmittelbar anschließend an die Interpellationen sollen die Anträge der Fortschrittlichen Volkspartei und der Arbeiter, gegebenenfalls noch die zu erwerbenden Anträge bezügl. Restauration über die reichsgesellschaftliche Regelung der Weingüter des Militärs zur Abstimmung der Reichstagsversammlung erledigt werden. Der Beginn der Plenarsitzung wurde auf 12 Uhr festgesetzt. Der Beginn der Sitzung am Sonnabend ist auf 10 Uhr vorzusehen. Montag und Dienstag nächster Woche bleiben freigegeben. Mittwoch nächster Woche soll nötigenfalls zum Abschluß der Inhaberebbehalte verwendet werden. Weiter sprach sich der Senatskonvent dahin aus, am Schluß der zweiten Lesung des Etats des Reichsamtes des Innern diejenigen Fragen besonders zu behandeln, die mit der Sanctionierung des Reichsgesetzes zusammenhängen. Die Fraktionen können dann Anträge zu dieser Materie stellen, die sofort erledigt werden sollen, so daß die Abstimmung hierüber nicht bis zur dritten Lesung hinausgeschoben werden braucht.

Die Kommission zur Ausführung des Reichstages trat am Donnerstag vormittag zusammen und beschloß in der Frane des Anlaufes der Geheime von der arabischen Bauwirtschaftlichen Selbstverwaltung in Kankau bei Wien, am 7. Februar nach Kankau zu reisen und die Geheime zu besichtigen und zu prüfen, ob sie für den Verkauf im Sinne des Reichstagspräsidenten geeignet sind. Weiter wurde beschlossen, zur Ausführung von vier Missionen an der Ostseite des Plenarsitzungssaales schriftliche Darstellungen in Bronze zu wählen, die die vier Kardinaltugenden: Weisheit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Mäßigkeit darstellen sollen. Die Ausführung der Allegorien wird dem Professor Fritz Klimsch übertragen.

Eine Novelle zum Beamtenbedienstungsgesetz. In der Budgetkommission des Reichstages teilte am Donnerstag bei Beratung des Etats der Reichspost und Telephonverwaltung der Referent mit, daß die Vorberedungen zur Lösung der Beamtenbedienstungsfrage zu keinem Ergebnis geführt hätten. Die Kommission solle daher den dringenden Wunsch auf schnelle Vorlegung einer Novelle zum Beamtenbedienstungsgesetz ausdrücken. Es schloß sich die Kommission, Staatssekretär Kretschmer, an und erklärte, er halte es ebenfalls für nichtig und notwendig, daß die Novelle bald kommt. Was er dafür tun könne, werde abgesehen.

B. P. I. Bundesrat und Reichstagsrat. Berlin (Privattelegramm.). Authentischem Vernehmen zufolge ist am 14. Januar der Reichstagsbeschluss auf Aufhebung des Zulassungsgesetzes dem zuständigen Ausschuss des Bundesrates übergeben. Der

Bundesrat wird in der ersten Februarhälfte seinen Beschluss fassen.

Generalmajor v. Wrochem. Die Erregung über die Ausstellungen des Generalleutnants von Kraft ist dem Generalmajor v. Wrochem zugute gekommen. Seine unerhörten Schmähungen des Reichstages verdienen aber nicht das Schicksal der Vergehenheit. Die „Münch. Neuest. Anz.“ haben von einem Karneval des Freuenbundes gesprochen. Auch die Ausstellungen des Generalmajors v. Wrochem müßen karnevalistisch an, wenn man im „Korrespondenz“ steht, daß sein Streik, dasin ging, ebenfalls karnevalistisch die „deutschen Gesellschaft, die sich Reichstag nennt“, dieser Rolle, zu werden.

Ein hannoverscher Wahlkreis stellte ihn als Reichstagskandidaten auf, und zum Entsetzen seiner Anhänger ludte er den engen Zusammenhang, der zwischen ihm und der Provinz bestehe, durch die Mitteilung zu erweisen, daß er stets mit „Vorliebe hano n o r t s e h e“ geritten habe. Nach dieser Rede stand bereits fest, was dann auch eintrat: der General fiel durch. Vielleicht hat das mit dazu beigetragen, daß er am Sonntag bei den „echt preussischen Leuten“ den Reichstag in so unerhörter Weise beschimpfte.

B. P. I. Ein neuer Kriegspresstisch. Ein Privattelegramm meldet uns aus München: Ingenieur Fritz Gebre, der Erfinder eines neuen Kriegspresstisches, erhielt den Auftrag des Kriegsministeriums auf Vorbereitung seines Sprengstoffes in den kaiserlichen Versuchsanstalten. Die in letzter Zeit in einem Berliner Laboratorium nun vorgenommenen praktischen Versuche haben ergeben, daß die Explosionskraft des neuen Sprengmittels um 5 Prozent die der Schießbaumwolle übersteigt und die Herstellung des Geschosses Kriegspresstisches an ca. 50 Prozent billiger kommt als die bisher übliche Verarbeitung der Schießbaumwolle. Das neue Kriegspresstischmittel hat bis 14 Prozent Stickstoff und ist stabil.

B. P. I. Die steigende Arbeitslosigkeit illustriert nachstehendes Privattelegramm, das uns aus Berlin zugeht: Die Zahl der Arbeitslosen Groß-Berlins ist, soweit die Ermittlungen der städtischen Gewerkschaften und der Arbeitsämter ergeben, seit 15. Dezember um fast 10 000 gestiegen und betrug am 19. Januar 72 000. — Die Zahl der Besucher des Anstalt für Obdachlose in Berlin hat vom 1. bis 19. Januar 100 320 betragen. Das ist relativ die höchste Zahl Obdachloser seit Bestehen des Anstalt.

Ausland.

Doch ein Staatsbegräbnis für General Ricquart. Die Familie des in Amiens verstorbenen Generals Ricquart hat nun doch noch eingewilligt, daß in Paris vor der Ueberführung der Leiche des Generals in die Leidenberengruftengruft die vom Parlament bewilligte nationale Begräbnisfeier veranstaltet wird. Freitag gegen Mittag wird die gesamte Garnison von Paris den General auf seiner letzten Fahrt nach dem Friedhof Pere-la-Chaise das Ehrengeleit geben.

Halle und Umgebung.

Halle 23 Januar. Holzhandel und Zentralverkaufsstelle für Holz. Starke Widerpruch erregt in Handelskreisen der Plan der Hallischen Landwirtschaftskammer, Zentralverkaufsstellen für Holz einzurichten. Die Holzhändler befürchten aus solchen Maßnahmen eine schwere Schädigung ihrer Interessen. Der Plan bedeute für eine Anzahl Existenzen geradezu den Ruin. Man erwartet, daß sich die Mitteldeutschen Handelskammern in ihren Sitzungen eingehend mit der Sache beschäftigen und die Gefahr, die darin für den Handelsstand liegt, öffentlich aufzeigen. Unterer Willens werden allerdings die Handelskammern dazu Stellung nehmen. Die Handelskammer in Coburg hat bereits das Thema behandelt und ist zu der Ansicht gekommen, daß die geplante Maßnahme in erster Linie auf eine Ausschaltung des Zwischenhandels und eine Monopolisierung des Holzvertriebes hinauslaufe.

Der Senior der deutschen Turnerzeitung, Geheimrat Sanitätsrat Dr. Köh, dem bekanntlich ein Arm abgenommen werden mußte, ist wieder genesen und konnte aus dem Krankenhaus Leipzig-Lindenau entlassen werden.

Kunst und Wissenschaft.

Wissenschaftlicher Kongress in Eisenach. Die Deutsche Gesellschaft für angewandte Entomologie und der Verband für internationale Verbindungen haben auf Einladung der städtischen Behörden definitiv beschlossen, die diesjährigen Hauptversammlungen dieser großen Verbände in Eisenach abzuhalten.

Erich Schmidt's letzte Arbeit. In der letzten Sitzung der Gesellschaft für deutsche Literatur, deren Leitung seit vielen Jahren in Erich Schmidt's Händen gelegen hatte, nahm einer seiner Schüler, Dr. Friedrich Homeyer, die letzte Arbeit des Unvergessenen zum Anlaß einer persönlichen Erinnerung. Erich Schmidt hatte, so führte er aus, für die großen Prinzipien von Homberg geplant, die im Gemahnde seltener Schreier erscheinen ließe. Seiner selbstlosesten Art geschuldet, hatte der Verdorbene seine letzte Kraft noch auf dem Krankenlager daran gesetzt, sein Versprechen zu erfüllen, und Dr. Homeyer wurde dann von der Maximilian-Gesellschaft der Auftrag zuteil, den in seinen Richtlinien festgelegten Druck zu überwachen. Der Vortragende knüpfte an diese persönliche Bemerkung Beobachtungen zu der Entstehungsgeschichte des „Prinzen von Homberg“, die Kluft unter den deutsch fühlbaren Einfluß von Shakespeares Stellen und geeignet leiteten, einen Bild in dieses stumm schaffenden Dichters Werkstoff zu eröffnen, deren Tür er vor allen anderen stets streng verschlossen hielt.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Die Premiere von Carl Schönders Komödie „Die Prinzessin von Homberg“ wurde am Freitag den 21. d. M. im großen Saal des Schauspielhauses in Berlin gegeben. Der verdorene Karikaturist Carl Schönders war mit der Musik von Emma in Szene.

Kritik im Deutschen Schauspielhaus zu Berlin. Die sekundären Verhältnisse des Directors Lang zum Deutschen Schauspielhaus haben sich in dieser Saison ungünstig gestaltet. Donnerstag nachmittags fand eine Konferenz mit dem Leiter der Theaterabteilung des Polizeipräsidenten, Dreierregierungsrat v. Glanemann, statt.

39 Parafol-Ruführungen registrieren die beiden ersten Jahreshalften der „Deutschen Bühnen“ (amtliches Blatt des Deutschen Bühnenvereins) wies in den letzten 14 Tagen des Jahres an größeren deutschen Bühnen hundertfünfzig wichtige und interessanten histonischen Darstellungen aus der Theaterprogras der „Deutschen Bühnen“, welche mit dem neuen, 6. Jahrgang wöchentlich erscheint, regelmäßig. Außerdem werden von jezt ab händig die Wochenberichte der deutschen Bühnen veröffentlicht, welche über die in der kommenden Woche an allen namhaften Bühnen zur Aufführung gelangenden Stücke orientieren. In den jezt ebenfalls regelmäßig erscheinenden Stückenverzeichnis bringt die Zeitschrift genaue Angaben über die Spielleiter, Kapellmeister und Darsteller selbst der kleinen Rollen. Trotz dieses sehr erweiterten Umfangs und des wöchentlichen Erscheinens ist der Abonnementspreis der „Deutschen Bühnen“ nicht erhöht worden. Durch die reichhaltige Bekanntheit der bevorstehenden Aufführungen an ca. 150 Bühnen wird jedem interessierten und sachmann am weitesten vor großer Vorteil geboten, der durch den oben „praktischen Teil“ der Zeitschrift, der über alle aktuellen Ereignisse im Bühnenleben Auskunft gibt, noch wesentlich vergrößert wird. Der literarische Teil der „Deutschen Bühnen“ enthält Aufsätze von Werner A. Seyde, „Kinder auf der Bühne und auf dem Film“ von Fritz Engel, „Die Wäns des Musiktheaters“, W. A. B. v. H. a. l. Eine neuen thematischen Gelegenheitsbildung Schillers, Arthur Wolf, Rechte und Pflichten der Schauspieler nach geltenden Recht, „Theateranordnungen“ u. m. Die „Deutsche Bühnen“ erscheint im Verlage des Oesterheld & Co., Berlin W. 15, und kostet pro Quartal 3 M., die Einzelnummer 20 Pf. Probenummern verbindet der Verlag gratis und franco.

Provinzial-Nachrichten.

Die Ausjagungen bei Dresdner Zigarettensfirmen.

Die Maßnahmen, die von der Polizei und der Staatsanwaltschaft gegen die Dresdner Zigarettensfirmen Jasmah und andere Säurer der Branche getroffen wurden, sind, was den Anlaß dazu betrifft, noch immer ungeklärt.

Dresden, 22. Jan. Oberamtsrichter Dr. Günsberg erklärte, daß ihm selbst unbekannt sei, von wem der Antrag in der Angelegenheit Jasmah ausgegangen sei. Vom Amtstrichter v. d. B. ist die verschiedene hiesigen Redaktionen erzählt worden, daß er keinerlei Antrag gegen den Tabaktrust gestellt hat. Dagegen hat auch die Konturrenzfirma G. Jasmah und Söhne wiederholt erklärt, daß der Antrag auch von ihr nicht ausgegangen sei. Die Angelegenheit wird außerordentlich geheim gehalten.

Im Reichsamt des Innern wurde uns auf Anfrage ebenfalls erklärt, daß dieses Reichsamt dem Vorgehen der hiesigen Behörden völlig fern liege. Er soll von dieser Seite nichts derartiges werden, und man müsse sich dem Geschehen in Dresden lediglich das, was durch die Presse bekannt geworden ist. Was aber über die Gründe in einem Teil der Presse gesagt wird, wie Vorbereitung für ein Monopol und ähnliches, müsse jedenfalls in das Gebiet möglicher Kombinationen verweisen werden. Der „Lot-Wagen“ bemerkt noch: In Berlin war man so weniger veranlaßt, gegen die Firma Jasmah vorzugehen, als dieses Haus sich (wie schon gemeldet) ausdrücklich bereit erklärt hatte, an der vom Reichsamt des Innern über den Trust geplanten Enquete teilzunehmen und alle gewünschten Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Die trübseligste Zigarettensfabrik Georg Jasmah und Söhne in Dresden tritt uns, darauf hinzuweisen, daß die Ausjagungen, die bei der Georg A. Jasmah Aktiengesellschaft und anderen mit ihr liierten Firmen stattfindenden haben, nicht in Verbindung mit verschiedenen Projekten stehen, die Georg Jasmah u. Söhne gegen die Georg A. Jasmah Aktiengesellschaft im Laufe der letzten Zeit führen mußten.

S. Höfenwieser, 22. Januar. (Ein Schmecher in Ungarn) ereignete sich am Dienstag im Wälscher Brickettwerk. Der Arbeiter Alfred Hillert aus Malsbach kam beim Schmelzen der Transmissoren zu nahe, so daß ihm der rechte Arm aus dem Körper herausgerissen wurde. Er wurde sofort dem Bergamtsarzt zu Höfenwieser zugeführt.

m. Delisch, 22. Jan. (Schadenfeuer). In vergangener Nacht in der zweiten Morgenstunde brach beim Gutshofbesitzer Hugo Leutzbach im benachbarten Kirchfeld Feuer aus. Eine große Scheune brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Größere Strohporzelle und landwirtschaftliche Maschinen fielen dem Feuer ebenfalls zum Opfer.

Höfenwieser, 21. Jan. (Lachende Eiben) machte ein dieser Tage zur zweiten Ruhe befristetes, im 73. Lebensjahr hohes Brautlein, welches hier in jeder aus „Rinn“ zurückgekommen und befehlenden Verhältnissen lebte. Bei Durchgang der Wohnung fand man unter dem Bett hinter einer Schlüchter

musde einen Geldbeutel, der die Kleinigkeit von 7300 Mark in lauter neuen Zwanzigmargenstücke enthielt. Ferner hat die Verlorene noch zirka 50 000 Mark aus angestellter selber hinterlassen.

H. Reiser, 20. Jan. (Stadtorbnetenbittung). Punkt 1 der Tagesordnung: Einführung der neu gewählten Stadtorbneten. Nachdem die Stadtorbnetenabteilung am 4. und 25. November 1913 die Befähigung der Königl. Regierung zu Werbung erhalten haben, werden heute abend von Herrn Bürgermeister Lebing den neu gewählten beim wiederwählten Herren Stadtorbneten in der Amt eingeweiht und mit ihren Verpflichtungen vertraut gemacht, und zwar für die erste Klasse Herr Wahlenheller Edgar Krollhoff, für die zweite Klasse Herr Krollhoff Friedrich und Krollhoff Wilhelm Erdmann. Punkt 2. Zum Vorwissen der Stadtorbnetenverammlung wurde der bisherige Stadtorbnetenoffizier Herr Gehobler Wilhelm Erdmann mit 10 gegen 1 Stimme gewählt und mit seinen Stellvertreter Herr Maurer und Zimmermeister Karl Rodenbach ebenfalls mit 10 gegen 1 Stimme. Zum Schriftführer der Stadtorbnetenverammlung wurde Herr Gutshofbesitzer Wilhelm Hartz mit 10 gegen 1 Stimme gewählt, zu dessen Stellvertreter Herr Kaufmann Karl Troch. In der Rollenverteilung-Deputation wurde Herr Kaufmann Troch, Herr Wilhelm Hartz, zu Stellvertreter die Herren Tröhner und Rodenbach übergemählt. In die Finanzdeputation wurden gewählt die Herren Reyer, Fröhlich, Krollhoff, in die Baudeputation die Herren Fröhlich, Rodenbach; in die Kulturreputation Herr Sondermann und Herr Stadtorbneten, in die Gesundheitskommission wird gewählt Herr Bürgermeister Lebing und Zimmermeister Pautebant. Da der Termin des Schiedsmanns abgelaufen war, wurde Schiedsrichter Herr Lebing und zu seinen Stellvertreter Herr Landwirt Ruppel wiederagemählt. Sämtliche Herren nehmen die auf sie entfallenden Wahlen an.

Wiesbaden, 20. Jan. (Schwerer Einbruchsdiebstahl). In vergangener Nacht drangen in den Urenladen von Franz Drexler, Solothstraße 40, Diebe, jedenfalls gewerksmäßige auswärtige Einbrecher, und haben Uren und Goldbarren im Werte von mehreren Tausend Mark, die Unterlage wurde von der Kriminalanleihe in Hilfe eine Polizeihunde erstig in die Hand genommen, doch gelang es noch nicht, die Einbrecher zu fassen.

Quellenberg, 20. Jan. (Wildebaken). Im Quellenberger Torstrich wurde in den letzten Tagen der Wildebaken auf der Straße gebracht. Auch glückte es den Fortbewahern, wieder zwei toptale Wildebaken, die eine bei einem serrenlosen Neb, zu entdecken. Die Wildebaken haben sich in den letzten Jahren im Dars vermehrt, so daß bei uns an ein Aussterben des immerhin seltenen Raubtieres vorläufig nicht zu denken ist. In dem genannten Torstrich wurden innerhalb eines Jahres fünf ehte Wildebaken erlegt. Wer den unermeßlichen Schaden kennt, den diese Wildebaken in einem auf gefesteten Jagdrevier anrichten können, wird auch verstehen, daß eine Schonung dieses Raubtieres nicht angebracht ist, so lange die Erhaltung der Art nicht in Frage kommt.

Hilfensberg, 19. Jan. (In das Parthaus) zu Kriehlich drang Sonntag nacht ein Einbrecher ein, ertrab sämtliche Bekäufnisse und kam auf seinem Beutzeuge auch in das Schlafzimmer des Ausstretens, das von dem Vorn ermdachte und um Hilfe rief. Daraufhin fürzte sich der Einbrecher auf das Mädchen und würzte es am Halte. Auf das Geschrei des Mädchens eilten die Hausbewohner herbei, worauf der Räuber von seinem Opfer abstieg, die Beute von sich warf und entfloch.

Kornau, 20. Jan. (Zu einem auterenen Auftriff) kam es gestern während eines Sühntermins in Ehegehandlungen, den der Vater Max R. von hier mit seiner Frau hatte. R. der von südlichen Krankenhaus zum Termin erschienen war, richtete während der Verhandlung plötzlich einen Revolver gegen seine Frau, der er aber nicht auf den Hals absieht, so daß es glücklicherweise nicht zum Schuß kam. R. ergriff daraufhin die Flucht, konnte später aber dem Krankenhaus wieder ausgeführt werden, wo er in Tohntid verfiel, so daß Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden müßten. Da man es anstehend mit einem Geisteskranken zu tun hat, so erfolgte gestern noch seine Ueberführung nach der Landesirrenanstalt in Jena.

Vermischtes.

Der Vergleich der Prinzessin Luise mit dem Staat.

Berlin, 22. Januar.

Der Prosch, den die beiden Töchter König Leopolds, Prinzessin Luise von Coburg und Gräfin Stefanie Longan von den Credit Quonais hinterlegten Nachlaß ihres Vaters mit dem heiligen Staat geführt haben, scheint nun definitiv aus der Welt geschafft zu sein. Gestern abend haben, wie bereits kurz gemeldet, die Anwältin der beiden Prinzessinnen im Justizministerium einen endgültigen Vergleich mit der Regierung abgeschlossen.

Besonders heikel war die Rechtsituation der Prinzessin Luise, von deren Entzerrung das Jüdische Ministerium aus im Staatsinteresse bemüht war. Die 105 614 a b i g e r, denen sie ingesamt fast sechzehn Millionen enteilt, sollen sich in vierzehn Millionen teilen. Die Prinzessin persönlich erklärt nicht mehr als eine halbe Million, von denen Zehntel sie hinfür leben soll. Im Prinzip sind die Gläubiger mit diesem Arrangement einverstanden. Zunächst wird ein Schiedsgericht, das aus drei ehmaligen Staatsräten und Brüsseler Barreau besteht, die einzelnen Schuldposten prüfen. Diese Prüfung wird noch etliche Wochen in Anspruch nehmen, aber es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Gläubiger mit einer Abschlagszahlung sich zufrieden geben werden. Denn ihre weiteren Ansprüche erfüllen nicht, und wenn eines Tages die Kaiserin von Mexiko, Leopolds geliebteste Schwester Charlotte, die Augen schließt, dann wird Prinzessin Luise von dem Erbe, das ihr zufällt, noch Millionen hergeben müssen. Somit dürfte Prinzessin Luise auf längere Zeit vor den Nachstellungen ihrer Gläubiger sicher sein.

Das Schicksal des R. Wertheim'schen Warenhauses. Das Warenhaus R. Wertheim'sches Warenhaus, das Berlin wird am 15. Februar geschlossen werden, und schon am nächsten Tage soll die Ausräumung der Warenlager erfolgen. Ueber die weitere Verwertung der großen Räumlichkeiten in den Häusern Potsdamer Straße 10/12 sind nach feinerlei definitive Beschlässe gemacht worden. Es stehen verschiedene Projekte, von denen aber noch keines spruchreif ist. Sollten sich alle Verhandlungen zerlösen, so wird der Bau wahrscheinlich wieder ein Bureauaus werden, wie er es früher war. Das Grundrild repräsentiert nach Angabe von beistelliger Seite einen Wert von etwa 7 Millionen Mark und ist nur mit 4 Millionen Mark belastet. Vorläufig wartet der Besizer, Baurat Walther, noch ab, wie sich die Verhandlungen über die verschiedenen Projekte entwickeln.

60 Millionen für Radium. Eine von amerikanischen Kongreß eingeleitete Kommission stellt gegenwärtig Ermittlungen an und sammelt Gutachten über das von der Regierung geforderte Radium-Monopol. Einer der Direktoren der „Standard-Chemical-Company“, Flannery, sprach sich vor der Kommission klar gegen den Monopolplan der Regierung aus, den er als schädlich für die schnelle Verbreitung des Seltmetalls ansieht. ihm sei bekannt, sagte er, daß einer der reichsten Industriellen des Landes den Plan habe, im Lande 20 Goldpläster zur unentgeltlichen Radiumbehandlung Krebskranker zu erbauen. Der Multimillionär habe zu diesem Zweck die Summe von 60 Millionen Mark ausgenommen. Diese großzügige Stiftung würde aber vereitelt werden, wenn die Regierung in der Lage wäre, das Radium aus dem freien Verkauf zu ziehen. Flannery's Ausführungen machten großen Eindruck auf die Mitglieder der Kommission. Man glaubt, daß der alte R. O. K. E. F. E. L. E. R. der Stifter sei.

Feuer bei Borjig. In der mechanischen Werkstätt der Maschinenfabrik Borjig in Berlin brach am Donnerstag Feuer aus. Ueber einem Teil des Gebäudes wurden kleinere Maschinen von dem Brand getroffen. Der Schaden beträgt ungefährr 80-100 000 M. In den Eckarbeiten beteiligten sich außer der Fabrikfeuerwehr die Feuerwehren von Teget, Reinickendorf, West und Wittmann.

Von einer einflussreichen Wand getrieben. Bei dem Abruch der alten Eisenbahnhauptwerkstätte in Fiedern wurde eine Wand ein. Ein Zimmerpfeiler wurde dadurch getrieben und ein Arbeiter schwer verletzt.

Der frühere Generaldirektor Binder der Rand- und Industriebank Berlin, der im August 1913 nach Veruntreuung von 300 000 M. nach Amerika geflüchtet war, trat mit dem Dampfer „Pennsylvania“ in Hamburg ein. Er wird nächstens nach Berlin weitertransportiert.

Kant soll neben den Höhengollern ruhen. Die Stadtorbneten von Königsberg haben den Magistrat ersucht, unermäßig darauf hinzuwirken, daß die bauwürdige, unentgeltliche Kant-Kapelle am Dom abgebrochen und die Gebeine Kants in die Gruffridr des Domes übergeführt werden. Ein würdiges Epitaph soll ihm in der Gruffridr des Domes neben Höhengollern und Ordenshofsmeistern errichtet werden.

Letzte Depeschen.

Entwürfe des Bundesrats.

Berlin, 22. Januar.

Der Bundesrat überwies den zur Aufklärung des Reichstages durch den Reichsposts zwecks Förderung des Baus von Kleinwohnungen für Reichs- und Mittelsbedienstete, eine Ergänzung der Ausfühungsbestimmungen zum Reichsgesetz, den Entwurf eines Gesetzes über die weitere Zulassung von Hilfsmitglidern im Kaiserlichen Patentamt, sowie die Entwürfe einer Beschloerordnung und eines Einfühungsgegesetzes. Zustimmung erteilt wurde der Veränderung des Schlußprotokolls der dritten internationalen Konferenz für technische Einheit in Eisenbahnen, dem Entwurf einer neuen Anlage 1 zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr. Ueber die Besetzung einer Reichsgerichtsratsstelle wurde Beschluß gefaßt.

Gerichte über das Wolff-Telegraphen-Bureau im Reichstage.

Berlin, 22. Januar.

Der Abgeordnete Hermann Lohm hat heute im Reichstags-Beurteilung über das Wolff'sche Telegraphen-Bureau aufgestellt, die sich auf Bildung eines Ringes mit ausländischen Agenturen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung sowie auf Bevorgung des Hauses S. B. I. e. z. r. b. e. r bei der Mitteilung von Depeschen des Bureaus beziehen. Alle Behauptungen sind vollständig aus der Luft gegriffen und haltlos.

Beratung des Marinebudgets.

London, 22. Januar.

Die heutige Sitzung des Ministerrats, in der über das Marinebudget beraten wurde, dauerte über zwei Stunden. Nach Schluß der Sitzung gingen die Minister Lloyd George und Churchill die Wiltchallstraße entlang.

Streikunruhen in Petersburg.

Petersburg, 22. Januar.

Bis heute mittag traten von 350 000 Fabrikarbeitern der Hauptstadt 70 000 in den Streik. In einigen Fabriken verhalten die Arbeiter beim Verlassen der Werkstätten revolutionäre Slogans und Demonstrationen zu veranstalten, was jedoch durch die Polizei verietet wurde. Wichtige Vorgänge spielen sich an zwei Punkten des Kewski-Propekts und an der Sadovatastraße ab. Auf dem Kewski-Projekt mußte die Polizei die bunte Masse gebrauchen, um die Menge zu zerstreuen. Sechs Personen wurden verhaftet.

Der Prosch gegen Behr Aga.

Salona, 22. Januar.

Unter dem Vorhild von Oberst De we er hat unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Prosch gegen Behr Aga am 27. Mittag die begonnen. Es sind sehr strenge Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Sterbefall. Aus Berlin, 22. Jan., wird gemeldet: Der Herausgeber der „Pöhlischen Nachrichten“, Viktor Schweinburg, ist im Alter von 69 Jahren gestorben.

Öffentlicher Wetterdiank.

Dienststelle, 31. Januar.

Donnerstag, 22. Januar, 8 Uhr morgens.

Luffdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Der gestern über der Nordsee liegende Hochdruck hat sich verstärkt und wieder mehr nach Osten ausgedreht. Da das Hoch Bestand zeigt, können wir mit Fortdauer der bestehenden Witterung und starker Strahlungsfälle rechnen.

Witterungsansicht für den 23. Januar:

Feiter, trocken, harter Frost.

